Deutscher Bundestag **Drucksache 14/2946**

14. Wahlperiode 16. 03. 2000

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Walter Hirche, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2364 –

Zukunftsfähige Energiepolitik für den Standort Deutschland

A. Problem

Sicherstellung eines ausgewogenen Energiemix unter Einsatz aller verfügbaren Energieträger und der verstärkten Nutzung des längerfristig wirtschaftlichen Potentials der erneuerbaren Energien sowie des rationellen und sparsamen Energieeinsatzes in der Zukunft.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/2364.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2364 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Februar 2000

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann	**Volker Jung (Düsseldorf)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf)

I.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2364 – wurde in der 79. Sitzung des Deutschen Bundestages dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen. Er wurde in der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Januar 2000 nachträglich zusätzlich dem Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat die Vorlage in seiner 34. Sitzung am 23. Februar 2000 beraten. Er hat mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU, gefasst.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 23. Februar 2000 beraten. Er hat empfohlen, den Satz 2 im ersten Spiegelstrich auf Seite 2 des Antrags auf Drucksache 14/2364 („an Stelle der so genannten Ökosteuer sich dafür einzusetzen, dass in der EU die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass ein dritter erhöhter Mehrwertsteuersatz auf Energie erhoben werden kann“) abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS, gefasst. Der Ausschuss hat weiterhin die Ablehnung des übrigen Antrags auf Drucksache 14/2364 empfohlen. Dieser Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS, gefasst.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 23. Februar 2000 beraten.

Er hat dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P., empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 16. Februar 2000 beraten. Er hat dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III.

Die Fraktion der F.D.P. stellt in ihrem Antrag fest, dass eine zukunftsfähige Energiepolitik, die auf den Prinzipien der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit basiert, der Sicherung und dem Ausbau des Standortes Deutschland dient und gleichsam die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft ist. Nach ihrer Auffassung muss ein ausgewogener Energiemix, der sich bisher bewährt hat, unter Einsatz aller verfügbarer Energieträger und der verstärkten Nutzung des längerfristig wirtschaftlichen Potentials der erneuerbaren Energien auch in Zukunft sichergestellt werden. Die Energiepolitik der Bundesregierung gefährdet nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion diese Entwicklung. Ihre Absicht, vorzeitig die deutschen Kernkraftwerke stillzulegen, schwäche die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Die Bundesregierung soll daher unter anderem aufgefordert werden, zusätzliche Belastungen des Energieverbrauchs nur im europäischen Gleichschritt zu beschließen, die notwendigen Schritte für den Abbau administrativer, rechtlicher, informatorischer und institutioneller Hemmnisse für den Einsatz erneuerbarer Energien einzuleiten und die Forschung sowie die Entwicklung neuer Technologien auch zukünftig angemessen zu fördern. Ferner soll sie auf vertraglicher Grundlage mit den betroffenen Unternehmen sicherstellen, dass die bestehenden Kernkraftwerke in Deutschland unbeschadet der Regelungen über Auflagen und Widerruf der Genehmigung für die technisch und wirtschaftlich vorgesehene Betriebszeit genutzt werden können.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag – Drucksache 14/2364 – in seiner 26. Sitzung am 23. Februar 2000 beraten.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2364 – zu empfehlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Berlin, den 23. Februar 2000

Volker Jung (Düsseldorf)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333